

Position des Kreisfrauenrates zur Hochschulstrategie 2030 des Ostalbkreises

Die strategische Bedeutung einer Weiterentwicklung der Hochschullandschaft im Ostalbkreis ist bei den politischen Akteuren in der Region offensichtlich unstrittig. Grundlage stellen die vorhandenen Strukturen der Hochschule Aalen als Fachhochschule, der PH Schwäbisch Gmünd als Hochschule mit Universitätsstatus bei spezialisiertem Fachhintergrund und der Hochschule für Gestaltung mit insgesamt rd. 9 000 Studierenden dar. Auf dem derzeitigen Stand fokussieren sich die Überlegungen auf die Erweiterung des Studienfachangebotes und die Herausarbeitung der langfristigen Vorteile für den Ostalbkreis, insbesondere auch für Frauen.

Im Analyseteil der Hochschulstrategie 2030 wird die Unterversorgung des Ostalbkreises mit Studiemöglichkeiten herausgearbeitet. Diese ist eine der wesentlichen Ursachen für den negativen Wanderungssaldo bei den 18- bis 25-jährigen, insbesondere bei den Frauen. Angesichts der Tatsache, dass zwei Drittel aller Studierenden einen Universitätsabschluss anstreben und nur ein Drittel den einer Hochschule,¹ u. a. auch weil eine Vielzahl von Fächern nur an einer Universität angeboten werden, kann eine grundlegende Verbesserung dieser Situation ohne den Aufbau einer Universität als Endziel nach Ansicht des Kreisfrauenrates nicht gelingen. Die beschriebenen Einzelschritte auf der Ebene der bestehenden Einrichtungen sind für sich gesehen durchaus sinnvoll, angesichts der Gesamthematik aber eher ein Tropfen auf den heißen Stein; zumal nicht dargestellt wird, welche der definierten Defizite vermindert werden können, welche unverändert verbleiben, weil mit den Maßnahmen nicht adressiert, welche Effekte auf die Wanderungsbilanz erwartet werden können usw.

Im Selbstverständnis des Kreisfrauenrates als politischer Akteur möchten wir weitere Aspekte in die Diskussion einwerfen, die für die Entscheidungsfindung von Bedeutung sein sollten, u. E. aber beim bisherigen Stand der Überlegungen noch nicht ausreichend zum Ausdruck kommen. Unsere Vorstellung geht dahin, dass die Strategiegruppe diese Anregungen aufgreift und zumindest präventiv die für die Zielerreichung des Ostalbkreises maßgeblichen Argumente bereitstellt.

1. Wenn die Zielsetzung der Hochschulstrategie des Ostalbkreises definitiv auch auf den Aufbau einer Universität gerichtet ist, wäre dies eine höchst sensible landespolitische Fragestellung. Die bisher auf die regionalpolitischen Effekte begrenzte Argumentationskette sollte deshalb erweitert werden auf die Perspektive der landespolitischen Entscheidungsebene. Hier stellt sich die Frage, warum ausgerechnet und ggf. einzig allein für den Ostalbkreis eine solche Aufwertung stattfinden sollte. Aus Sicht des Kreisfrauenrates können wir nicht davon ausgehen, dass in der Diskussion um diese Entscheidung die Standorte der übrigen vergleichbaren Bildungseinrichtungen (nicht zuletzt in Person der betroffenen Landtags- und Bundestagsabgeordneten) eine Entscheidung pro Ostalbkreis kommentarlos hinnehmen würden (dass eine solche Aufwertung konflikteliminierend für mehrere oder gar alle vergleichbaren Einrichtungen stattfinden sollte, ist sicherlich utopisch).
2. Eine solche Hochschulstrategie des Ostalbkreises muss für die landespolitischen Entscheidungsträger daher ausreichend Argumente liefern, warum eine solche Bevorzugung auch nach übergeordneten Kriterien gerechtfertigt wäre. Für die konkurrierenden Standorte ohne Universität wäre die räumliche Versorgung zu überprüfen, z. B. ob in der betreffenden Raumschaft bereits Universitäten existieren. So gilt z. B. für die sechs pädagogischen Hochschulen des Landes – neben Schwäbisch Gmünd Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Ludwigsburg und Weingarten –, dass vier PHs gleichzeitig Standorte von Universitäten sind; Ludwigsburg liegt im unmittelbaren Einzugsbereich der Universitäten Stuttgart und Hohenheim. Lediglich Weingarten könnte hier auf die gleiche Argumentation wie der Ostalbkreis verweisen (PH Weingarten und FH Ravens-

¹ Wenn im Folgenden von Hochschulen die Rede ist, sind damit die Hochschulen für angewandte Wissenschaften gemeint, früher Fachhochschulen, im Gegensatz zu den Universitäten.

Position des Kreisfrauenrates zur Hochschulstrategie 2030 des Ostalbkreises

burg/Weingarten). Für die übrigen reinen (Fach-)Hochschulstandorte müsste eine ähnliche Hinterfragung durchgeführt werden.

3. Es ist nicht auszuschließen, dass das Fernziel „Universität“ Identifikationsprobleme bei den bestehenden Einrichtungen in Aalen und Schwäbisch Gmünd mit sich bringt. Die aufgezeigten Entwicklungsschritte auf Hochschulebene wären nur Zwischenschritte, die als Basis für den avisierten strukturellen Paradigmenwechsel zu einer Universität nicht ausreichend sind bzw. keinen Beitrag leisten.
4. Aus Sicht des Kreisfrauenrates wäre es sinnvoll, die wesentlichen Struktur- und Attraktivitätselemente einer Universität im Ostalbkreis darzustellen, um darauf aufbauend kompatible Zwischenschritte festzulegen. Erst dadurch wird die Sinnfälligkeit der Gesamtstrategie für die Entscheidungsträger sichtbar und eine Evaluierung möglich.
5. Der Aus- oder Aufbau einer Universität würde erhebliche staatliche Mittel erfordern, wobei es fraglich ist, ob diese eins zu eins durch eine Aufstockung des Budgets des Wissenschaftsressorts aufgebracht werden könnten. Diese finanzielle Hürde wird noch dadurch erhöht, dass die bereits im Gange befindliche Digitalisierung der Serviceebene und der Prozesse und Strukturen der bestehenden Hochschullandschaft (Stichwort „Studium 4.0“) die finanziellen Spielräume reduziert.
6. Ein weiterer wichtiger Aspekt, der bei der Bewertung des vorliegenden Konzepts von wesentlicher, aber bisher nicht berücksichtigter Bedeutung sein wird, ist die Tatsache, dass nach Einschätzung vieler Fachleute die Digitalisierung des Studiums die Unterschiede eines „normalen“ Studiums zu einem Fernstudium drastisch verringern wird. Die bisherigen Alleinstellungsmerkmale eines Fernstudiums als zeit- und ortssoveräne Studiermöglichkeit werden die „normalen“ Hochschulen in ähnlichem Maße erfüllen – allerdings mit Zeitverzögerungen und internen Widerständen. Ohne dass der Kreisfrauenrat sich anmaßt, die konkreten Unterschiede zwischen diesen beiden Studiermöglichkeiten beurteilen zu können, wäre deshalb der Frage nachzugehen, ob evtl. ein Fernstudienkonzept höhere Chancen der Verwirklichung hätte. Dabei wird davon ausgegangen, dass in beiden Konzepten auf standortgebundene Infrastrukturen nicht verzichtet werden kann.

Um die grundsätzliche Idee einer Universität im Ostalbkreis nicht von vornherein an Konzept- und Finanzierungsvorbehalten scheitern zu lassen, wären hier kreative Vorschläge von Vorteil, z. B. die Überlegung einer von den Prozessen und Strukturen her von vornherein radikal auf die Bedürfnisse der Digitalisierung ausgerichteten dezentralisierten Universität. Der Klarheit halber: Hier geht es nicht um die Berücksichtigung der Digitalisierung im Fächerkanon, sondern die Digitalisierung des Systems Hochschule/Universität.

7. Dem Vorschlag in der Hochschulstrategie, das Fächerangebot für eine solche Hochschule/Universität daran zu orientieren, inwieweit es für Frauen eine hohe Attraktivität bietet, steht der Kreisfrauenrat skeptisch gegenüber. Obwohl es naheliegend ist, ein vorhandenes Profil weiter zu schärfen, wäre eine Fokussierung lediglich auf sog. frauentypische Studien- und Beschäftigungsfelder wenig sinnvoll angesichts der Tatsache, dass z. B. Betriebswirtschaftslehre und Rechtswissenschaft die beiden am stärksten nachgefragten Studienfächer von Frauen sind.